

## **Erbschaftsteuerreform – Immenser Schaden droht –**

von Dr. Christian Ramthun, WirtschaftsWoche

Natürlich geht es um Geld, um Steuern und Bürokratie. Doch der Furor, mit dem die Familienunternehmen gegen die Reform der Erbschaftsteuer ankämpfen, hat tiefere Ursachen: Es geht um Gerechtigkeit. Um die Achtung eines hart erarbeiteten Lebenswerks. Um die Freiheit, das Geschaffene seinen Erben zu übertragen. Und um die Bedeutung des Unternehmertums in unserem Lande (siehe Editorial).

Noch nie dürfte ein Gesetzesvorhaben die Familienunternehmer in der Bundesrepublik derart in Rage versetzt haben. Und selten dürften die Politiker so wenig die Beweggründe dafür verstanden haben. Die große Koalition in Berlin bastelt an einem Erbschaftsteuergesetz, das auf ein Aufkommen von vier Milliarden Euro abzielt und umso stärker zulangt, je höher das Vermögen ist. Naturgemäß sind davon Betriebsvermögen besonders betroffen, und alle Erklärungen von Unionspolitikern und Sozialdemokraten, die Unternehmen wegen ihrer besonderen gesellschaftspolitischen Bedeutung zu schonen, sind kaum mehr als Lippenbekenntnisse.

### **Viele Fußangeln**

Denn dem ganzen Reformwerk fehlt der wohlwollende Unterton. Den Bedingungen, unter denen Unternehmensnachfolger die Erbschaftsteuer sollen vermeiden können, haftet vielmehr ein übler Mißklang an. Da planen die Politiker eine Haltefrist von 15 Jahren, die im Zeitalter von Internet und Globalisierung eine Ewigkeit bedeutet. Zusätzlich eine dynamische Lohnsumme von 70 %, die über einen Zeitraum von zehn Jahren nicht unterschritten werden dürfe. Und daß bei Nichterfüllen einer der Auflagen selbst nach 14 Jahren die Erbschaftsteuer komplett fällig werden solle.

Jedem Familienunternehmer fallen weitere Fußangeln auf, etwa bei der Berechnung des angeblichen Vermögenswertes. Das Bundesfinanzministerium will auf den Basiszins nur einen Risikozuschlag von 4,5 % gewähren, so daß der Unternehmensgewinn mit dem 12- bis 13-fachen multipliziert würde. „Viel zu hoch!“, sagt beispielsweise der Duisburger Michael Dubbick vom Meßtechnikunternehmen Ludwig Krohne GmbH & Co. KG (2.500 Mitarbeiter, davon 550 in Deutschland). Kein Investor wäre bereit, so Dubbick, mit solchen Multiplikatoren ein Unternehmen zu kaufen. Üblich seien Risikozuschläge zwischen 6 % und 8 %.

Die Dubbicks wollen ihr Familienunternehmen von der zweiten auf die dritte Generation übertragen. Als die große Koalition Ende 2005 antrat und beschloß, Familienunternehmen bei Fortführung von der Erbschaftsteuer zu befreien, schoben die Dubbicks wie viele der jährlich rund 70.000 vererbenden Unternehmer den Generationswechsel in guter Hoffnung auf. Umso größer ist nun die Enttäuschung.

### **Viele wären doppelt getroffen**

Zu den Enttäuschten zählt auch der Wendlinger Armin Knauer. Er führt ein seit 1816 in Familienbesitz befindliches Textilunternehmen. Nach dem dramatischen Strukturwandel in seiner Branche gehören zu seinen verbliebenen Garn- und Spinnbetrieben noch erhebliche Immobilienbestände, die er an andere Unternehmen vermietet. Nach den Vorschlägen zum künftigen Erbschaftsteuerrecht gilt Knauers Unternehmen womöglich vornehmlich als Vermögensverwaltung – und das wird teuer: Wenn das Verwaltungsvermögen mehr als 50 % des Betriebsvermögens ausmacht, soll die Erbschaftsteuer nicht erlassen werden. Knauer wäre damit doppelt getroffen. Denn um die Erbschaftsteuer zu bezahlen, müßten er oder seine Erben Immobilien verkaufen. Da diese aber zu längst überholten Werten in den Bilanzen stehen, müßte der Buchgewinn des höheren Verkaufspreises zunächst noch versteuert werden – mit fast 50 % Einkommensteuer, Soli und Reichensteuer.

Aus der Substanz ihres Unternehmens Krohne müßten auch die Dubbicks die Erbschaftsteuer zahlen, die trotz aller Verschonungsregeln auf 15 % des Betriebsvermögens erhoben würde. Schließlich hat die Familie die Gewinne stets wieder ins Unternehmen investiert, das eigene Privathaus ist nicht fürstlich, es gibt weder Yacht noch Jagd, und hohe Barvermögen existieren ebenfalls nicht. „Woher“, fragt selbst Krohne-Betriebsrat Fritz Legrand entsetzt, „soll die Familie überhaupt die Kohle nehmen?“. Die Erbschaftsteuer ginge, so fürchtet der Betriebsrat, folglich zulasten von Investitionen. Ein Nachteil, den übrigens der größte Konkurrent von Krohne auf dem Weltmarkt, ein Schweizer Unternehmen, nicht hat, weil es in der Alpenrepublik wie in immer mehr Ländern wie Österreich und Schweden keine Erbschaftsteuer gibt.

Deutschlands Politiker halten dagegen stur an der „Todessteuer“ (Knauer) fest, obwohl sie sonst gern die Rolle des Mittelstandes preisen. Immerhin hatte schon der legendäre Wirtschaftsminister Ludwig Erhard vom „Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft“ gesprochen. Und auch heute zeigt sich, daß der jüngste Beschäftigungsaufbau allein den vielen kleinen

und mittleren Familienbetrieben zu verdanken ist, während die Konzerne Arbeitsplätze streichen.

### **Unverständlich für Unternehmer**

Diese Familienunternehmer verstehen die Politik immer weniger. Für sie denken sich die Regierenden ein höchst bürokratisches Erbschaftsteuergesetz aus, gleichzeitig pumpen sie ruckzuck Milliarden Euro in kriselnde Banken wie die IKB, die Sachsen LB oder die West LB.

„Wir werden abkassiert, obwohl wir Werte erhalten“, schimpft Knauer.

Mit ihrem betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Selbstverständnis verträgt sich die Erbschaftsteuer nicht. Sie gilt Familienunternehmern als staatlicher Akt des Undanks gegenüber Aufbauleistungen und Anstrengungen, die dem Gemeinwohl in Form von Arbeitsplätzen, Steuern und Sozialabgaben zugute kommen. Sein Vater, erzählt Michael Dubbick, habe Ende der Vierzigerjahre mit harter Arbeit begonnen, das Unternehmen Krohne wieder aufzubauen und zu erweitern. Noch heute komme Kristian Dubbick trotz seiner 86 Jahre täglich ins Büro und frage nach den Auftragseingängen.

Es scheint, als gebe es Parallelwelten in Deutschland, als hätten Mittelständler und Politiker kaum etwas gemein. Auf der einen Seite befinden sich Familienunternehmer, die lebenslang und in Generationen denken, planen und handeln. Auf der anderen Seite stehen die Parteifunktionäre, die bestenfalls über vier Jahre bis zur nächsten Wahl agieren. So erklärt sich zumindest teilweise das politische Unverständnis für die Sorgen und Nöte der Familienunternehmer in Sachen Erbschaftsteuer.

Hinzu kommt die linke Ideologie. Jetzt, die die PDS-Nachfolgepartei „Die Linke“ erfolgreich auf Stimmenfang geht, verstärken die Volksparteien SPD und auch CDU und SDU ihren verteilungspolitischen Kurs. Auf der Strecke bleibt wieder ein Stück marktwirtschaftlicher Heimat für die Unternehmer.

Bislang heimatverbundene Familienunternehmer dürften einen Gang ins Ausland künftig eher in Betracht ziehen, meint daher Astrid Hamker, die das Gebäudereinigungsunternehmen Piepenbrock ins vierter Generation mit ihren beiden Brüdern leitet und im Erb- oder Schenkungsfall einen immensen bürokratischen Aufwand befürchtet.

Der Schaden, den die Politiker mit der Erbschaftsteuerreform anrichten, ist immens. Und dabei ist schon jetzt klar, daß dieses Gesetz wieder beim Bundesverfassungsgericht landen wird. Vorausschauende Politik zum Wohle des Landes sieht anders aus.

Autor: Dr. Christian Ramthun, Stellvertretender Leiter Hauptstadredaktion, WirtschaftsWoche, Berlin, Telefon: 030-616-86124, eMail: christian.ramthun@wiwo.de